

Das weltweite finanzielle und geopolitische Umfeld in Zeiten drohender Unruhen

Putin konzentriert sich weiterhin darauf, eine neue europaweite Sicherheitsarchitektur zu schaffen.

29. Oktober 2025 | Alastair Crooke

Trumps Versuch, ein „Budapest-Szenario“ zu schaffen (d. h. ein Putin-Trump-Gipfeltreffen auf der Grundlage des früheren „Alaska-Abkommens“), wurde von den USA inmitten heftiger Auseinandersetzungen einseitig abgesagt. Putin hatte das zweieinhalbstündige Telefonat am 27. Oktober initiiert. Berichten zufolge äußerte sich Putin darin kritisch über die mangelnde Vorbereitung der USA auf einen politischen Rahmen – sowohl in Bezug auf die Ukraine als auch, was entscheidend ist, in Bezug auf die umfassenderen Sicherheitsbedürfnisse Russlands.

Als es jedoch von amerikanischer Seite bekannt gegeben wurde, war Trumps Vorschlag (wieder einmal) zur Doktrin von Keith Kellogg (dem US-Sonderbeauftragten für die Ukraine) zurückgekehrt, die einen „eingefrorenen Konflikt“ an der bestehenden Kontaktlinie vor jeglichen Friedensverhandlungen vorsieht – und nicht umgekehrt.

Trump muss schon lange vor den Gesprächen in Budapest gewusst haben, dass diese Kellogg-Doktrin von Moskau immer wieder abgelehnt worden war. Warum hat er sie dann erneut gefordert? Jedenfalls musste das Gipfeltreffen in Budapest abgesagt werden, nachdem das vorab vereinbarte „Vorbereitungsgespräch“ zwischen Außenminister Sergej Lawrow und Außenminister Marco Rubio an einer Wand zerschellt war. Lawrow bestand erneut darauf, dass ein Waffenstillstand nach Kellogg-Art nicht funktionieren würde.

Es scheint, dass die US-Regierung davon ausging, dass ihre Drohungen, die Ukraine mit Tomahawk-Raketen zu beliefern, in Verbindung mit der verschärften Rhetorik der USA über Tiefenstöße in Russland, Druck genug ausüben würden, um Putin dazu zu bewegen, einem Einfrieren im Hier-und-Jetzt-Format zuzustimmen, wobei alle Diskussionen über Details und eine umfassendere Lösung auf unbestimmte Zeit verschoben würden.

Russische Militäranalysten sollen Putin gesagt haben, dass Trumps Drohungen nur Bluff seien – selbst wenn die Tomahawk-Lieferungen verfügbar wären, wäre die Menge begrenzt und würde Russland weder taktisch noch strategisch schaden.

Der Verlauf der Ereignisse lässt vermuten, dass Trump diese russische „Realität“ nicht verstanden hat – trotz zweijähriger Wiederholungen, dass Russland bei einem „hier und jetzt Einfrieren“ nicht nachgeben würde. Oder aber, dass die „Dark Money“-Interessen Trump hart angegangen sind und ihm gesagt haben, dass ein echter Friedensprozess mit Russland nicht erlaubt sei. Also hat Trump das ganze Szenario abgesagt und gegenüber den Medien gemurmelt, dass ein Treffen in Budapest „Zeitverschwendung“ gewesen wäre – und es seiner Regierung (US-Finanzminister Bessent) über-

lassen, neue Sanktionen gegen Russlands größte Ölkonzerne anzukündigen, begleitet von einem Aufruf an die Verbündeten, sich diesen anzuschließen.

Erinnern wir uns: Die „russische“ Realität sieht so aus, dass Putin den Fehler von 1918 nicht wiederholen möchte, als Russland unter dem Druck Deutschlands den demütigenden Frieden von Brest-Litowsk unterzeichnete. Putin wiederholt oft, dass es genau dieser Druck, „einfach aufzuhören“, im Jahr 1918 war, der Russland seinen Status als Großmacht und ganze Generationen von Russen kostete. Die kolossalen Anstrengungen von Millionen von Menschen wurden gegen den demütigenden Frieden von Brest-Litowsk eingetauscht. Es folgten Chaos und Zusammenbruch.

Putin konzentriert sich weiterhin auf die Schaffung einer neuen europaweiten Sicherheitsarchitektur, obwohl Trumps Launenhaftigkeit und unsichtbare Zwänge neue Aufrufe Putins oder Treffen in Frage stellen müssen. Putin ist wütend – viele russische „rote Linien“ wurden überschritten; eine Eskalation steht bevor – vielleicht auf einem noch nie dagewesenen Niveau.

Die Europäer, unbeeindruckt von der Absage des Treffens in Budapest, propagieren einen „neuen alten“ Zwölf-Punkte-Plan, der territoriale Zugeständnisse ausschließt und einen Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinien vorschreibt. Die westlichen herrschenden Schichten machen deutlich: Russland muss besiegt werden. Die Eskalation hat bereits begonnen: Neue EU-Sanktionen gegen russische Gasimporte in die EU wurden angekündigt, und über Nacht wurden Angriffe auf Ölraffinerien in Ungarn und Rumänien (letzteres ist ein NATO-Staat) gestartet. Auch hier ist die Botschaft an die EU-Staaten klar: kein Zurückweichen. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk unterstrich auf X diesen Punkt: „Alle russischen Ziele in der EU sind legitim“. Die EU ist offensichtlich bereit, alles zu tun, um selbst Krieg zu führen, um die Einhaltung der Vorschriften zu erzwingen.

Angesichts der Tatsache, dass es für Kiew unmöglich ist, auch nur einen Teil seines Territoriums aufzugeben – während Russland weiterhin die Überlegenheit der militärischen Gewalt behält –, ist es schwer vorstellbar, wie Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt möglich sein sollen. Wahrscheinlich wird die Ukraine durch eine Machtprobe entschieden werden. Die Dringlichkeit, mit der die EU versucht, Trump auf ihre Seite zu ziehen, spiegelt wahrscheinlich ihre Angst vor den sich beschleunigenden und häufenden militärischen Siegen Russlands wider.

All diese Turbulenzen in Russland finden statt, während Bessent nach Kuala Lumpur reist, um Chinas Reaktion auf die plötzliche Ausweitung der Exportkontrollen für von China importierte Technologieprodukte durch die USA (nach offenbar vielversprechenden Handelsgesprächen) zu hinterfragen. China reagierte mit der Verhängung von Kontrollen für Seltene Erden als Vergeltungsmaßnahme.

Ein wütender Trump explodierte und drohte China mit hundertprozentigen Zöllen. Der US-Aktienmarkt brach zunächst nach einem altbekannten Muster ein, aber Trump veröffentlichte rechtzeitig zur Eröffnung des „Terminmarktes“ eine optimistische Ankündigung, woraufhin sich die Käufer drängten und die Aktien Rekordhöhen erreichten. Für die Amerikaner war alles in Ordnung.

Am vergangenen Montag jedoch stieg Trumps lobende Sprache gegenüber China unerwartet auf Stufe 11: „Ich denke, wenn wir unsere Treffen in Südkorea [mit Xi] beendet haben, werden China und ich ein wirklich faires und großartiges Handelsabkommen miteinander haben“, sagte Trump. Er äußerte die Hoffnung, dass China den Kauf von amerikanischem Soja wieder aufnehmen werde,

nachdem die Importe Pekings aufgrund des Zollstreits eingebrochen waren. Außerdem forderte er China auf, „mit dem Fentanyl aufzuhören“, und warf den chinesischen Behörden vor, die Ausfuhr des synthetischen Opioids und seiner chemischen Vorläufer nicht einzudämmen.

Und um sicherzustellen, dass der Aktienmarkt auf ein neues Rekordhoch stieg, fügte Trump hinzu, dass er nicht glaube, dass „China Taiwan angreifen will“.

Nun, da Moskau dem US-amerikanischen „Budapest“-Szenario effektiv einen Riegel vorgeschoben hat, stellt sich jedoch die Frage: Wird auch Xi zu dem Schluss kommen, dass es sich lohnt, die Launenhaftigkeit Trumps weiter zu ertragen, auch wenn dies unvermeidliche Ängste mit sich bringt (das Treffen in Südkorea ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestätigt)? Und diese Ängste dürften wohl zunehmen.

Vielleicht spiegelt Trumps Wechsel zu einer übermäßig positiven Sprache gegenüber China jedoch etwas anderes wider: Eine schockierende Entwicklung für Trump und die USA?

Von der neu ins Amt eingeführten japanischen Premierministerin Sanae Takaishi wurde allgemein erwartet, dass sie nach ihrem Amtsantritt eine starke anti-chinesische Rhetorik an den Tag legen, das Bündnis mit den USA stärken, Japans Militärmacht ausbauen und Peking in Schach halten würde.

Doch das Gegenteil war der Fall.

In ihrer ersten Ansprache an die Nation erklärte Takaishi, dass sie den Handelskrieg der USA gegen China nicht unterstützen und sich nicht zum Instrument des wirtschaftlichen Drucks der USA machen werde. Sie kritisierte Trumps Zollpolitik offen und bezeichnete sie als „den gefährlichsten Fehler des 21. Jahrhunderts“.

Reuters kommentierte, dass ihre Haltung in Washington völlig unerwartet gekommen sei. Ein großer Schock. Es stellte sich heraus, dass die neue Premierministerin seit ihrem Amtsantritt eine Reihe von Treffen mit den größten japanischen Unternehmen abgehalten hatte, die ihr eine einheitliche und dringende Botschaft übermittelt hatten: Einfach gesagt – die japanische Wirtschaft würde einen weiteren Handelskrieg nicht überleben.

Dann, eine Woche nach ihrem Amtsantritt, bekundete sie offen ihre Unterstützung für China und vollzog damit die größte außenpolitische Kehrtwende seit dem Zweiten Weltkrieg. China war nicht mehr der „Feind“.

In Asien ist eine neue Ära angebrochen. Trump ist schockiert: Er warf Takaishi vor, die Prinzipien des Freihandels zu verraten. CNN bezeichnete dies als „Dolchstoß“ durch einen engen Verbündeten.

Doch es kam noch schlimmer: Umfragen ergaben, dass die Premierministerin für ihre Haltung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit Japans eine Zustimmung von 60 Prozent erhielt – und mehr als 50 Prozent unterstützten auch ihre Position gegenüber China!

Bloomberg ließ eine weitere Bombe platzen: Takaishi hat – in Zusammenarbeit mit China und Südkorea – eine strategische Neukalibrierung der asiatischen Währungsarchitektur eingeleitet, als Reaktion auf Washingtons zunehmenden Einsatz wirtschaftlicher Macht als Druckmittel. China, Japan und Südkorea bauen einen gemeinsamen Währungsraum auf. Der vorgeschlagene trilaterale

Swap würde es den drei Ländern ermöglichen, Handel abzuwickeln, Liquidität zu erweitern und Krisen mit ihren eigenen Währungen zu bewältigen – völlig unabhängig vom Westen.

Sollten diese Projekte verwirklicht werden, würde dies die Vorherrschaft des Dollars untergraben, indem 15 Prozent des globalen Handels aus dem Dollarbereich entfernt würden, was wahrscheinlich zum Zusammenbruch des gesamten bestehenden (pro-westlichen) Machtgleichgewichts in Asien führen würde.

Es geht noch weiter: Takaishis Vision würde mit der Einführung des digitalen Clearingsystems der SOZ/BRICS in ganz Zentralasien einhergehen. Trump will jedoch die BRICS zusammen mit allen anderen Bedrohungen für die Hegemonie des US-Dollars zerschlagen. Es ist mit einer Eskalation zu rechnen – mit weiteren Drohungen von Zöllen.

Sollte China nicht ausreichend enthusiastisch auf Trumps Charme-Offensive reagieren, dann werden sich die Dinge wahrscheinlich parallel zu den Eskalationen gegenüber Russland (Venezuela und möglicherweise Iran) zuspitzen. Trump hat Japan bereits mit Sanktionen gedroht, obwohl dies Japan wahrscheinlich nur näher an China heranrücken wird, wo derzeit der Schwerpunkt der japanischen Handelsinteressen liegt. Es steht eine volatile Phase bevor, die wahrscheinlich von heftigen Schwankungen an den Finanzmärkten geprägt sein wird.

Russland und China sind in geopolitischen Fragen weiterhin eng aufeinander abgestimmt – und beide könnten andere Gründe haben, weiterhin mit Trump zu sprechen (und sei es nur, um nicht versehentlich eine Finanzkrise im Westen auszulösen, für die sie dann verantwortlich gemacht würden) oder um militärische Konflikte zu vermeiden. Aber es scheint, dass Trumps Drucktaktik nicht nur für diese Staaten nach hinten losgeht, während die Schulden- und Kreditkrise in den USA immer akuter wird.

Jede dieser geopolitischen Krisen könnte sich zu einem Flächenbrand entwickeln. Die Ukraine-Russland-Konflikte, Venezuela, Iran, Syrien, Libanon, Pakistan-Indien und natürlich Gaza und das Westjordanland sind nur einige der Brennpunkte. Die Lage ist brisant: Trump existiert jenseits strategischer Analysen, und den Europäern mangelt es an echter Führungsstärke, während sie intern in eine Kriegspsychose verfallen sind.

Wie ein altes Wiener Sprichwort sagt: „In Wien ist die Lage verzweifelt – aber nicht ernst“ (d. h. man kann nicht erwarten, dass irgendjemand im Westen mit auch nur einem Funken Besonnenheit darauf reagieren wird).